

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat Juni 8 000 M., mit Postgebühren. Ein einzelnes Exemplar 500 M. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile über deren Raum 750 M., die Restzeile 1000 M. Mindestbetrag des Auftrags 2000 M. Bei Anzeigenspaarung ist der Rabatt fünfzig Prozent.

Nr. 155.

Altensteig, Freitag den 6. Juli.

Jahrgang 1923

Deutschland soll die Ruhrkosten bezahlen

Die französische Kammer hat über die von Deutschland wieder zu vergütenden Zahlungen eine Diskussion angestellt. Aus dem „Deuvre“ ist zu entnehmen, daß in diese Rubrik auch die französischen Besatzungskosten für die Ruhr eingestellt seien. Der Berichterstatter, Gynoud, hat einen ausführlichen Bericht über die Kosten ausgearbeitet, die durch die Unterhaltung der französischen Truppen im Rheinlande und an der Ruhr veranlaßt worden sind. Daraus geht hervor, daß 1922 die Besatzungskosten für das Rheinland 450 Millionen Fr. betragen. Für 1923 waren ursprünglich vom Kriegsministerium 493 1/2 Millionen Fr. angefordert worden. In der Folge aber hat sich gezeigt, daß sehr beträchtliche Nachkredite nötig wurden, namentlich auch wegen der Verstärkung der Einberücktruppen und der „Verwaltungsorganisationen“. Bis jetzt hat die Regierung für die Besetzung bis Ende 1923 weitere Kredite im Betrage von 335 Millionen Fr. angefordert. In seinem Bericht führt Gynoud zur Beruhigung an: „Diese Besatzungskosten sind, wie die gesamten Kosten der Reparationszahlungen in erster Linie vorweg zu nehmen. Davon wird für die an der Ruhr und im Rheinlande von den belgischen und französischen „Verwaltungen“ ein größerer Betrag natürlich in Abzug gebracht werden.“ Das „Deuvre“ fügt hinzu, daß sich also die belagerten produktiven Länder als sehr wenig einträglich erwiesen hätten, und daß bekanntlich die Alliierten die Auffassung nicht teilen, daß sie für die belgisch-französischen Besatzungskosten aufzukommen haben.

Journel schreibt im „Deuvre“ einen sehr interessanten, aus dem folgendes auszugsweise wiedergegeben sei: „Während der zwanzig Monate vor der Besetzung der Ruhr hat Deutschland in Natur 1 050 000 000 Goldmark gezahlt. Die direkten Warenzahlungen in Höhe von 170 Millionen sollen hierbei außer acht bleiben. Dies ergibt monatlich über 50 Millionen Goldmark oder etwa 190 Millionen Papierfranken, die wir nicht mehr erhalten. Die Besetzung des Rheinlandes kostet monatlich etwa 20 Millionen Goldmark oder 75 Millionen Papierfranken. Hierzu kommen jetzt noch ungefähr rund 25 Millionen monatlich für die Ruhrbesetzung. Dies ergibt insgesamt 100 Millionen. Also die Entente erhält vor der Ruhrbesetzung 190 Millionen und gab 75 Millionen aus. Es blieben ihr also 115 Millionen Franken. Seit der Ruhrbesetzung gibt sie 100 Millionen aus und bekommt nur 60 Millionen, das ergibt ein Minus von 40 Millionen. Insgesamt kostet also die Ruhrbesetzung die verschiedenen Ententestaaten rund 150 Millionen. Welches ist nun der Anteil Frankreichs dabei? Vor der Ruhrbesetzung trug Frankreich drei Viertel der Kosten, etwa 55-60 Millionen monatlich, die Besatzungskosten wurden aber zurückgestellt, und die Rechnung ging ungefähr auf. Aber seit der Ruhrbesetzung muß man die gesamten französischen Besatzungskosten auf über 80 Millionen Franken veranschlagen. So die Ausgaben seitdem höher sind als die Einnahmen und wir infolge des Abkommens von Spa nur 52 Prozent der letzteren zurückgestellt bekommen, so ergibt sich für Frankreich mindestens ein monatliches Defizit von 30 Millionen Franken.“

Zu dem ist noch zu bemerken: Diese finanziellen Belastungen der französischen Wirtschaft haben naturgemäß eine entsprechende Einwirkung auf den Kurs des französischen Franken. Am 27. April d. J., zu einer Zeit, als die Illusionen über den Erfolg des Ruhrerbruchs in Paris noch unverkümmert blühten, notierte man 100 französische Franken mit 6,79 Dollar, und 100 deutsche Mark mit 0,0033 1/10 Dollar. Bis zum 2. Juli war der Franken bis auf 5,90 Dollar, die Mark bis auf 0,0005 1/10 gefallen. Die Mark hatte also 83,5 Prozent ihres Kursstandes vom 27. April eingebüßt, der Franken in der gleichen Zeit 13 Prozent.

3ft Goldmark gleich Papiermark.

Zu dieser Frage hatte das Amtsgericht Leipzig als Vormundschaftsgericht Stellung zu nehmen. Einer Winderjährigen war eine Hypothek von 4000 Talern für den 30. Juni d. J. gelündigt worden. Zur Lösung dieser Hypothek beantragte der gesetzliche Vertreter des Kindes die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Durch Beschluss vom 25. Juni 1923 lehnt dieses die Genehmigung

ab, „solange nicht feststeht, daß die Rückzahlung in einer der Vorschriften der §§ 241-245, § 607 Abs. 2 und 3 entsprechenden Weise erfolgt.“ Das Vormundschaftsgericht führt dann weiter aus:

Unter den heutigen Verhältnissen ist als zweifelhaft anzunehmen, daß der Schuldner die Summe in der jetzigen Papierwährung zurückzahlen will, und zwar mit 12 000 Papiermark, während die Schuld in Goldwährung zurückzahlen gewesen wäre. Aus diesem Grunde ist die Aufhebung der Forderung zur Zeit erfolgt. Der Schuldner müßte, um einen Betrag von 12 000 Mark in Goldwährung aufzubringen, eine Summe von mehrmals 240 Millionen Papiermark zahlen, und das wird er nicht wollen. Die Schuld war eine solche in Talern, einer Münzsorte, die nicht mehr in Umlauf ist, und es trat deshalb nach §§ 245, 248 S. 1 u. 2 nach Einziehung der Taler an ihre Stelle die entsprechende Summe von 12 000 M. in Goldwährung. Diese Summe kann nur durch eine Leistung in gleicher Art, Menge und Güte beglichen werden (§ 607 S. 1 u. 2). Durch die Zahlung in der jetzt in Umlauf befindlichen Papiermark in Höhe von 12 000 Mark wird dies nicht erreicht, weil die Papiermark der Goldmark nicht im Kurse gleichsteht. (Vgl. die Entscheidung des Oberlandesgerichts Darmstadt vom 5. April 1923.)

Die Einwendung, daß durch die Besetzung vom 9. August 1914 die Goldwährung durch die Papierwährung ersetzt sei und Zahlungen statt in Gold in dem im Gesetz bezeichneten Papiergeld erfolgen könnten (vgl. die neuerliche Entscheidung des Kammergerichts in Berlin), ist nicht stichhaltig, denn damit ist noch nicht gesagt, daß die frühere Goldschuld durch die gleiche Summe Papiergeld beglichen wird. Das Gesetz kann nur bestimmen, daß das zur Zeit anzunehmende Zahlungsmittel statt Goldgeld jetzt Papiergeld sei, aber es hat nicht die Macht, dem Goldgeld den gleichen Wert wie dem Papiergeld in gleicher Summe beizulegen. Das Wertverhältnis des Papiergeldes zum Goldgeld richtet sich nach dem Kurs und nach wirtschaftlichen Verhältnissen. Das Reich erkennt selbst die Minderwertigkeit des Papiergeldes an, denn seine Behörden, Post und Bank, zahlen für eine Mark Gold jetzt den zwanzigtausendfachen und höheren Betrag in Papiermark.

Es würde unbillig sein und Treu und Glauben nicht entsprechen, wollte man dulden, daß eine Goldschuld in gleicher Summe in Papiermark beglichen werden könnte. Es wäre auch widersinnig, wenn das Gesetz auf der einen Seite den Gläubiger durch hypothekarische Sicherheit vor Verlust bewahren, aber auf der anderen Seite gestatten würde, daß seine Forderung durch Hingabe einer wertlosen Leistung zunichte gemacht würde. Das dies nicht der Wille des Gesetzes ist, geht aus den Bestimmungen in §§ 241-245, besonders 244 Abs. 2 (vgl. Kurswert) und § 607 S. 1 u. 2 klar hervor.

Damit nicht das Schuldverhältnis durch Zahlung in Papiermark erlischt (§ 364 S. 1 u. 2), wird die Gläubigerin die Annahme verweigern müssen oder zum mindesten sich dabei vorbehalten müssen, daß die Forderung nicht erloschen sei und die Quittung ablehnen müssen.

Mit dieser Entscheidung ist zweifelsohne noch nicht das letzte Wort zur großen Streitfrage gesprochen. Der Schuldner ist berechtigt, den Rechtsmittelweg einzuschlagen und die Sache vor das Oberlandesgericht in Dresden zur Entscheidung zu bringen. Es wäre zu begrüßen, wenn er dies täte; denn in diesem Falle hätten wir mit Vermeidung des Tenors eine klare Rechtslage.

Die Erschließung Kleinasien.

Vor rund einer Woche erfuhr man ungefähr gleichzeitig mit dem Stillstand der Lausanner Orientfriedensverhandlungen, daß die Türkei das sogenannte Chester-Abkommen gelündigt habe. Dieses Abkommen verleiht einer „türkisch-amerikanischen Erschließungsgesellschaft“, an der auch englisches Kapital beteiligt sein dürfte, Konzessionen für ein Eisenbahnen von rund 4500 Kilometern; diese Eisenbahnen sollen vom Schwarzen Meer bis zum Mittelmeer führen und gleichzeitig von den fertigen Teilen der Bagdadbahn aus über das türkische Armenien und Obermesopotamien eine Querschnur zum Anschluß an den verbleibenden Verkehr ausbauen. In 17 Jahren wäre Konstantinopel mit Erzerum, in 15 Jahren das Schwarze Meer mit dem Mittelmeer verbunden gewesen. Die Bahnhöfen sollten durch Gebiete führen, die Kupfer, Kohle, Schwefel und Petroleum aufwiesen; auf diese und andere

Vorkommen hatte die Gesellschaft, deren Konzession auf 99 Jahre lief, ein Prioritätsrecht und die unmittelbare Ausbeutung aller Mineralvorkommen und Wasserkräfte in einem 20 Kilometer breiten Streifen rechts und links von der geplanten Eisenbahn. Die Franzosen, die diese Konzession bekämpft hatten, weil sie aus einem Abkommen von 1914 und aus dem Angora-Abkommen von 1921 gewisse Vorrechte ableiteten, wurden beim Abschluß des Abkommens von türkischer Seite in recht scharfer Weise zurückgewiesen; wie in der Zeitschrift „Der Wiederbau“ mitgeteilt wird, sagte ein türkisches Delegationsmitglied in Lausanne dem französischen Vertreter, Frankreich könne die zur Erschließung der Türkei nötigen Summen unmöglich aufbringen, da es ganz verarmt sein müsse, wenn es Deutschland gegenüber in der Reparationsfrage so unverdrossen sei. Die türkische Presse hat den Vertrag mit den Amerikanern und Engländern mit dem Hinweis aufgenommen, daß in erster Linie Amerika als politisch uninteressierte Macht und als finanzieller Mittelpunkt der Welt für die Investition der nötigen Kapitalien in Betracht kommen.

Wenn nun unter dem Vorwand, die Amerikaner hätten nicht die nötige Anzahl von landwirtschaftlichen Maschinen geliefert, der Vertrag gelündigt wird, so könnte sich diese Kündigung zunächst nur auf den Nebenvertrag beziehen, den der türkische Staat mit der oben erwähnten Gesellschaft zwecks Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen geschlossen hat; der Hauptvertrag ist damit vielleicht nicht berührt; immerhin werden die Franzosen an dem Konflikt ihre Freude haben.

Im übrigen hat aber die Türkei ihr Ziel einer wirtschaftlichen Erstarbung festgehalten; die Chester-Konzession ist ja nur ein Teil des umfangreichen Aufbauprogramms, das der Wirtschaftskongress von Smyrna (zweite Februarhälfte 1923) beraten hat. Vor diesem Kongress hat der eigentliche Herr der Türkei, Mustafa Kemal Pascha, eine Rede gehalten, die den Kern des türkischen Reiches damit begründet, daß gerade in der Zeit der größten Pläne des türkischen Imperialismus die innere Kolonisation und wirtschaftliche Arbeit verkannt worden sei. An diese Absage an die Vergangenheit knüpfte der türkische Führer die Forderung einer mächtigen Wirtschaftspolitik, und der Kongress arbeitete in landwirtschaftlicher, industrieller und handelspolitischer Hinsicht ein umfangreiches Programm aus. Es ist damit zu rechnen, daß gerade Anatolien in der Wirtschaftspolitik der nächsten Jahrzehnte eine besondere Rolle spielen wird; die Tatsache, daß die Türkei innerhalb ihrer engeren Grenzen national geschlossen ist als bisher, läßt erwarten, daß auf diesem den Herrschaftsgelassen der Westmächte territorial entzogenem Gebiet auch deutsche Arbeit wieder ihre Stätte finden kann.

Neues vom Tage.

Vor dem Friedensschluß in Lausanne.

Lausanne, 5. Juli. Der erwartete Schritt der Türkei auf die Note der Verbündeten ist bereits erfolgt. Ismet Pascha hat den Verbündeten eine neue Note überreicht, in der er den Vorwurf zurückweist, daß die Verzögerung in der Lösung der drei kritischen Hauptfragen auf die Türkei zurückzufälle. Die türkische Delegation habe immer wieder darauf hingewiesen und gefordert, daß die Behandlung dieser Fragen beschleunigt werde. Die Verbündeten hätten aber die Verhandlung immer wieder verschoben. Ismet Pascha hofft, daß nun endlich diese lange angekündigten Instruktionen der Verbündeten eingetroffen sind, damit dem endgültigen Abschluß des Friedens keine Hindernisse mehr im Wege stehen.

England drängt zur Entscheidung.

London, 5. Juli. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ teilt mit, daß in politischen Kreisen die Lage nach dem Kabinettsrat als äußerst ernst angesehen werde. Man lege sich Rechnung davon ab, daß die englisch-französischen Besprechungen nur auf neuen Grundlagen wieder aufgenommen werden könnten, wenn Frankreich zuvor eine klare und vollständige Antwort auf den englischen Fragebogen, über die genaue Dauer der Ruhrbesetzung und die endgültige Form des Besatzungsstatutes überreicht haben werde. Der Korrespondent erklärt, daß Lord Curzon in seiner letzten Unterredung mit St. Austere erklärt habe, daß die Gebuld

tion beinahe erschöpft seien. Die englische Regierung dürfte, wenn auch wider Willen, eine unabhängige Aktion eröffnen, wenn die Alliierten ihren Standpunkt nicht ändern sollten. Die Erklärungen Russlands hätten in politischen Kreisen einen günstigen Eindruck gemacht.

Neue Rede.

Berlin, 5. Juli. Aus Paris berichtet der „Vollanz.“: Am Nationalfeiertag der Amerikaner wurde in Paris ein Denkmal für die amerikanischen Kriegsfreiwilligen enthüllt. Ministerpräsident Poincaré betonte, die Menschheit werde die Erinnerung an den letzten Krieg nicht so leicht vergessen und nicht zugeben, daß Deutschland (!) jetzt versuche, den Sieg in sein Gegenteil umzukehren. Wenn Frankreich auch heute keine Kriegsfreiwilligen mehr brauche, so brauche es doch Völker für den Frieden und Friedensfreiwillige, die der deutschen Propaganda entgegenstehen, und die Frankreich vor der Welt so darstellen, wie es sei: arbeitsam, friedlich, gerecht und maßvoll (!). Nach der Feier richtete Poincaré an den Präsidenten Harding folgendes Telegramm: „Mit ewig neuer Begeisterung schließt sich das französische Volk von ganzem Herzen der Feier des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges an. Das französische Volk, das sich der gemeinsamen schweren Prüfung im Kampfe um die Freiheit der Welt erinnert, wird niemals teilnahmslos bei solchen Kundgebungen bleiben, die jene Erinnerungen wieder erwecken. Im Namen Frankreichs richte ich an Sie, Herr Präsident, in der Hoffnung, daß die natürlichen Reigungen unserer beiden Länder sich noch weiter verknüpfen, den tief empfundenen Wunsch meines Volkes für das Wohlergehen Amerikas.“

Todesopfer der Absperrung.

Hamm, 5. Juli. Beim Ueberschreiten der Grenze in der Nähe von Verne-Vanstrub wurde ein 13jähriger Schüler aus dem besetzten Gebiet erschossen.

Schwere Sanktionen über Duisburg.

Paris, 5. Juli. Nach einer Havasmeldung ist wegen der Duisburger Explosion im Einvernehmen mit dem belgischen Kriegsgericht die Stadt Duisburg mit einer Geldstrafe von 20 Milliarden Mark belegt worden.

Wirtschaftsfragen vor dem Auswärtigen Ausschuss.

Berlin, 5. Juli. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags behandelte am Donnerstag die Frage des Wirtschaftsvertrages mit Frankreich und Belgien. Zur Sache sprachen die Abgeordneten Götze (Dem.), Braun-Kranke (Soz.), Dr. Stresemann (D. Volksp.), Wladner (Zentr.). Die Regierung nahm von den Ausführungen Kenntnis, welche die Vertreter der verschiedenen Parteien machten und gab ihrerseits die von ihr aufgestellten Richtlinien über die wirtschaftlichen Fragen bekannt. Eine besondere Entscheidung wurde vom Ausschuss nicht getroffen. Es folgte darauf die Beratung des Deutsch-Spanischen Handelsabkommens.

Die Ruhrfrage im englischen Unterhaus.

W.B. London, 6. Juli. Im Unterhaus sagte gestern der Premierminister auf eine Anfrage, es sei nicht wünschenswert, im gegenwärtigen Augenblick irgend eine Erklärung über die Ruhrfrage oder das Reparationsproblem abzugeben. Die männlichen Mitglieder nahmen ihren Fortgang. — Ramsay MacDonald fragte: „Ist der Premierminister nicht die Frage außer acht, daß bei der gegenwärtigen Lage die Zeit ein sehr wichtiges Element ist?“ — Baldwin erwiderte, „Ich kann dem Hause die Versicherung geben, daß niemand sich dessen bewußt ist als ich.“

Leserbrief.

Wohl geht der Jugend Sehnen
Nach manchem schönen Traum,
Mit Ungeduld und Tränen
Starrt sie den Sternensraum.
Der Himmel hat ihr Frieden
Und lächelt gnädig: nein,
Und läßt vorüber gehen
Den Wunsch zumal der Pein.

Was mein einst war.

Roman von Fr. Schone.

(42) (Nachdruckverboten.)
Schweigend und grübelnd ging Karl Günther an den beiden vorüber.

Der Chauffeur lachte laut auf und spöttelte hinter ihm her — „der Knecht, der den großen Herrn spielen möchte und der sich einbildete, mehr als andere zu sein!“ Marie stimmte ihm zu. Rüstreich sah Hubert Knappe sie an.

„Na, na, hast doch was mit ihm —“
„Dönnisch lachte sie — „Ja, wenn's nach ihm gegangen wäre — der hätte mich sonst gerne gewollt! Aber ich bed' nie mich schon — so ein Habentacht's, so einer, von dem man nicht weiß, wo er her ist — da ist die Marie Dangelmann zu schade, wo der schöne Hof hier doch bald mein ist —“

„So, der wird dir gehören, der Hof?“
„Freilich, wenn sonst —! Sobald ich heirate, gibt er mir den Hof, hat der Vater gesagt, weil er nicht mehr viel arbeiten kann! Doch ich habe keine Lust dazu —“ sie benannte die Arme in die Hüfte und sah ihn toleant an.

Da zuckte ein Bedanke in dem schlaun Burtschen auf — der Hof des Jakob Dangelmann war ein Schmuckstückchen und nicht zu verachten —

Leitender Artikel.

Berlin, 4. Juli.

Der Reichentwurf über die Sozialversicherung wurde im wesentlichen andernd in der Anweisungsfassung genehmigt. Angenommen wurde ein Antrag Ebert (Zent.) gegen den der Berechnung die Hälfte der bezahlten Beiträge zuzurechnen und ein Antrag Schröder (Soz.), und die Vordemerkungen bis zum 18. September (wider 17.) anzuhängen. Ein Antrag Düringer (D. V.), ein besonderes Gesetz zum Schutz der Versicherungsleistung zu erlassen, war vom Reichsausschuss abgelehnt worden. Er ist also damit eine Entwertung vor, die einen Reichentwurf fordert, der unter ein verändertes Wintervergehen fortjorge tritt, was der Ebert-, Durs- und ähnlichen Rechten die Wertentwertung veranlaßt wird.

Reichsjustizminister Dr. Hünne hat dem Antrag Düringer nicht zu entsprechen. Die Sache sei wirklich nicht so einfach. Nach dem Antrag handle es sich darum, ob eine Hypothek von 10 000 Mk. in Papier oder in Gold zurückbezahlt sei. Er habe wochenlang mit namhaften Rechtsgelehrten und Volkswirtschaftlern zusammengearbeitet und sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Sache tatsächlich nicht zu machen sei. Eine Balorsierung ist nicht möglich, wenn man die Hypotheken auswerten wolle, dann müsse man auch die Pfandbriefe, die Sparkassenguthaben, die kommunalen und Reichsanleihen auswerten. Wohin käme man dann? Der Minister warnt dringend vor dem ersten Schritt auf diesem Wege.

Auf Antrag des Abg. Lehrenbach (Z.) wird darauf die Angelegenheit nochmals an den Rechtsausschuss zurückerwiesen, da auch neue deutschnationale Anträge eingegangen sind.

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Abg. Dr. Kohl (D. V.) beantragt gegen den Widerspruch des Abg. Dittmann diese Verweisung an den Rechtsausschuss. — Auf Antrag Dr. Niefer (D. V.) wird über diesen Antrag namentlich abgestimmt, da die Sozialdemokraten vorher den Saal verlassen hatten, ist das Haus beschlußunfähig.

Berlin, 5. Juli.

Wie man am Donnerstag den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes verhandelte, stellte man ein Versehen richtig, durch das am Mittwoch vorher zahlreichen Abgeordneten der Linken mehrere hunderttausend Mark Sitzungsgelder entzogen worden waren. Man hatte namentlich darüber abgestimmt, ob der sozialdemokratische Bayernantrag nicht gleich an den Rechtsausschuss verwiesen werden sollte, obwohl die Antragsteller dagegen waren. Jetzt liegen die Sozialdemokraten erklären, daß diese Abstimmung unzulässig gewesen sei, weil die Antragsteller eben dagegen waren. Der Geschäftsordnungsausschuss wird sich mit der hochwichtigen Frage beschäftigen und die finanzielle Einbuße wird nochmals an den bedrohten Volksboten vorübergeben. Das Gesetz über die Wiedererrichtung und Kündigung im besetzten Gebiet wurde ohne Aussprache angenommen. Darnach müssen nach Beendigung des Ruheinbruchs die während dieser Zeit entlassenen Arbeitnehmer wie eingestuft werden. Durch eine 10. Ergänzung zum Besoldungsgesetz wurde die Minderzulage um je RM. 10 000. — erhöht. Darauf kam die neue Bayerndebatte, die von dem soz. Abg. Unterleitner mit heftigen Angriffen gegen seine heimische Landesregierung eingeleitet wurde, an die Reihe. Er besprach allerlei Zwischenfälle in München und Neuch bei Nürnberg und warf der bayerischen Polizei vor, sie halte es mit den Rechtsradikalen. Auch den Passauer Bürgermeister habe man bedroht. Der Kommunist Memme rief in dasselbe Horn, nur noch mit härterer Gewalt. Darauf wurde an Antrag des Abg. Schöck (D. V.) den Antrag dem Rechtsausschuss überwiesen.

Aus Stadt und Land.

Münster, 4. Juli 1922.

In den Ruhrgebiet verlegt wurde seinem Ansuchen gemäß Pfarrer Sigel in Selmerbach, Delanals Weinberg, früher in Pfalzgrafenweiler.

Städt. Sparkasse. Wie sehr sich die Verhältnisse auch bei den Sparkassen verschoben haben, so geradezu auf den Kopf gestellt worden sind, zeigt der vorläufige Halbjahresabschluss der Städt. Sparkasse. Während früher nur der reine Sparverkehr gepflegt werden konnte, hat die Macht der neuen Verhältnisse gebieterisch die Neueinführung des Giro-Scheid- und Kontokorrentverkehrs gefordert, ein Geschäftszweig, der ein riesiges Ausmaß angenommen hat und der die Sparkasse nun zur Volksbank stempelt. Der Ausschuss dieses neuen Geschäftszweigs zeigt sich am besten darin, daß er dem im ersten Halbjahr 1922 erzielten Umsatz von 7,6 Milliarden Mark der jungen Giro-Scheid- und Kontokorrentverkehr allein mit 6,8 Milliarden Mk. beteiligt ist, woran der mit dem Sparverkehr zusammenhängende Umsatz sich nur auf 800 Millionen Mk. beläuft. Wehrlich verhält es sich mit den Guthaben bei der Sparkasse. Auch hier hat der Giroverkehr den Sparverkehr weit in den Hintergrund gedrängt, denn in Prozenten ausgedrückt, ist an dem Guthaben beteiligt: der Giroverkehr mit 91%, der Sparverkehr mit 7,5% und der Depostentverkehr mit 1,5%.

Falsche Reichsbanknoten zu 50 000 Mark. In letzter Zeit ist bei Stuttgart Postämtern eine neue Fälschung der in Schwarzdruck ausgeführten Reichsbanknoten zu 50 000 Mark mit dem Ausgabedatum vom 19. November 1922 aufgetaucht, deren Papier sich kräftiger anfühlt, aus zusammengeklebter Vorder- und Rückseite besteht und sich mit einem scharfen Messer usw. auseinander trennen läßt. Das Wasserzeichen und die roten Fasern sind künstlich aufgetragen, die erste Ziffer der Nummer der roten, eine Null, ist kleiner als die anderen, etwas erhöht und ungleich geteilt. Das Bild zeigt eine größere Schrägstellung. Größte Vorsicht bei Annahme von 50 000 Mark-Scheinen ist daher geboten.

Süddeutschlands Anteil an der Biersteuer. Der Steueraussschuss des Reichstags beschäftigte sich mit einem Gesetzentwurf, der auf eine Abänderung der Besetze über den Eintritt der Freistaaten Bayern, Württemberg und Baden in die Biersteuergemeinschaft hinzielt. Diesen Freistaaten ist seinerzeit ein bestimmter Anteil an der Biersteuer für die Aufgabe ihres Biersteuerreservates zugesichert worden, der durch Höchstbeträge begrenzt war. Diese Beträge nun nicht mehr der Geldentwertung. Daher beschloß der Steueraussschuss, diese Höchstbeträge für Bayern von 78 Millionen auf 7 Milliarden Mk., für Württemberg von 15 Millionen auf 1,328 Milliarden und für Baden von 10 Millionen auf 910 Millionen Mk. zu erhöhen unter der Voraussetzung, daß die Erhöhung der Biersteuer auf das 350fache vom Reichstag beschlossen wird.

Wenn man nach Amerika will! Was hat man dann zu tun? Auf diese oft gestellte Frage gibt die folgende von einem Konsulat in Deutschland kommende Zusammenstellung Auskunft: „Jeder Antragsteller für ein amerikanisches Visum muß persönlich am Konsulat vorkommen, wobei folgende Papiere vorzulegen sind: a) Ein Paß, ausgestellt und beglaubigt durch die zuständige Staatsbehörde, b) Bistert für die Ausreise nach den Vereinigten Staaten durch die deutsche Polizeibehörde. c) Ein Geburtschein. d) Das beigelegte Formular, enthaltend: Rechtliches Attest, polizeiliches Führungsergebnis, muß in allen Einzelheiten, wie vorgezeichnet, ausgefüllt werden. Aufenthaltsdauer auf dem Führungsergebnis bescheinigen lassen. e) Ein Paßbild ohne Hut. f) Bei Verheirateten ist die Heiratsurkunde mitzubringen oder eine belaubigte Abschrift davon. g) Verheiratete Frauen

„Warum nicht, Marie? Oder hast du noch keinen dazu?“

„Ja, wenn ich wollt', an jedem Finger zehn —“ entgegnete sie selbstbewußt, die Hände hochhebend und die Finger spreizend.

„Warum willst du nicht?“
„Weil der Rechte noch nicht gekommen ist! Ich hab' noch viel Zeit —“

Ganz nahe trat er an sie heran, mit versteinertem Blick ihre Augen suchend — „wenn ich nun der Rechte wäre —? was meinst du —?“ er tätschelte den vollen weißen Hals Marias und lächelte ihr.

Da fuhr sie herum — „halt, so weit sind wir noch nicht! Das muß ich mir erst noch mal überlegen!“

„Was gibt es da zu überlegen, Marie — — oder wäre ich dir nicht recht?“

Eingehend und ungeniert musterte sie der mit einem selbstgefälligen Lächeln vor ihr Stehenden. Er konnte den Vergleich mit Karl Günther zwar nicht aushalten, dennoch wollte sie, daß er ihr gesiel — was ging sie ihr Knecht an!

Sie zuckte die Achseln.

„Das weiß ich jetzt noch nicht — am Sonntag werde ich es dir sagen —“ versetzte sie ausweichend und toleant.

„Bis Sonntag? nein!“ Red' ich Hubert Knappe sie in die Arme und lächelte sie herzhaf ab, „heute abend hole ich mir Bescheid — nicht einen Tag warte ich länger —“ er nahm sein Paketchen und eilte davon; er sah sich noch einige Male um und winkte.

Das Mädel mußte sein werden, wenn ihr der Hof zusiel — daran hatte er noch gar nicht gedacht! Dumme war es von ihm gewesen, daß er sich noch nicht ernstlich an sie herangemacht — sie war doch eigentlich auch für ihn eine gute Partie zu nennen — und ein hübsches, ja sehr hübsches Mädchen mit Manieren und einem gewissen städtischen Schick war sie obendrein — darauf gab er sehr viel! Todende Möglichkeiten malte er sich aus — denn er hatte nichts. Er sammelte aus einer arbeitsfähigen Arbeiterfamilie mit vielen Kindern. Durch

sein geschmeidiges, gewandtes Wesen war es ihm gelungen, emporzukommen! Aber er brauchte viel für sich; mit seinem Gehalt reichte er nie aus.

Und wenn er sein eigener Herr sein konnte, dann war es töricht von ihm, noch zu dienen und von den Löhnen und Wünschen anderer abhängig zu sein!

Marie hatte ihm nachgesehen.

Also den konnte sie haben, wenn sie wollte! Oh, der Karl Günther sollte schon sehen, daß andere wenigstens sie hübsch und begehrenswert fanden! Der Chauffeur war als der stotteste und wählereichste Burtsche weit und breit bekannt! Und manch' eine hatte sich schon vergebens die Augen noch ihm angeschaut und ihm schon getan — achlos aber war er an ihr vorbeigegangen! Jetzt hatte sie es nur in der Hand, sich den Hubert Knappe fest zuhalten!

Sie lachte böse vor sich hin — zu tief war sie in ihrer Eitelkeit gekränkt; das ließ sie alles vergessen!

Und als am Abend Hubert Knappe wirklich kam, wurde sie bald einig mit ihm. Der schlaun Burtsche triumphierte innerlich.

Von der Zeit an war Marie wie umgewandelt; kaum das Nötigste tat sie im Haushalt; immer war sie fort. Sie vernachlässigte den leidenden Vater so, daß er ernstlich böse wurde. Doch sein Schelten hatte wenig Zweck; jede Nacht hatte er über die Tochter verloren, die von dem Chauffeur wie hypnotisiert war; wie der Mardees von den Hünerstall, so fröhlich der im Dangelmanns Haus.

Vielleicht ahnte Karl Günther, was in dem leidenschaftlichen Mädchen vorging; darum nahm er ihre Ungenugheiten gegen ihn gefaßt hin; er war nach wie vor von einer sich abschleibenden Freundlichkeit, erleichterte ihr sogar ihre Arbeiten und kümmerte sich um den Vater, der sich noch gar nicht recht heilen konnte. Der Arzt, den man schließlich auf Karl Günthers Drängen geholt, hatte seine Verordnungen gegeben und dann von „wohl beiliebiger werden, aber viel Geduld haben“ gesprochen!

(Fortsetzung folgt.)



... müssen eine notariell beglaubigte schriftliche Erlaubnis ihres Ehemannes vorlegen. Ist derselbe tot oder von ihnen geschieden, dann sind hierfür ausreichende Unterlagen mitzubringen. c) Minderjährige Kinder unter 21 Jahren müssen eine beglaubigte Erlaubnis ihrer Mutter vorlegen, ausgestellt von Vater, Mutter oder, im Falle des Ablebens derselben, von ihrem gesetzlichen Vormund. h) Ein vom Notar beglaubigtes Affidavit von Bürgern der Vereinigten Staaten. Die Staatsangehörigkeit des Ausstellers soll beglaubigt sein. Die Kosten betragen für jedes Bistum 10 Dollar in amerikanischer Währung.

Stroßfahrschnellverfahren. Die Ludwigsburger Regierung hatte am 3. Juli bekannt gegeben, daß für ein Bäckchen von jetzt ab 800 Mark, für ein großes Bäckchen (400 Gramm) 6000 Mark verlangt werden. Im Vergleich mit den Stuttgarter Preisen hätten nur 300 bzw. 3000 Mark verlangt werden dürfen. Auf Veranlassung des Bacheramts und der Staatsanwaltschaft Stuttgart wurden 7 Bäckermeister am 4. Juli im Strafverfahren wegen Teilnahme an Preissteigerungsverhandlungen und Aufforderung zum Preiswucher vom Amtsgericht Ludwigsburg mit je 1 Million Mark bestraft. Wegen der Strafbefehl haben die Stuttgarter Bäcker am Donnerstag ähnliche Preise verlangt, ist auch in Stuttgart ein Verfahren eingeleitet worden.

Jahresbehandlung und Krankenkassen. Die Notiz in Nr. 159 dieser Zeitung betr. Jahresbehandlung für Krankenkassenmitglieder bedarf der Berichtigung: Die Krankenkasse trägt die Kosten der Jahresbehandlung für Versicherte und deren berechnigte Angehörige in demselben Umfang wie bisher. Nach der Beitrag der Krankenkasse für künstliche Gebisse wird in der bisherigen Höhe gewährt, dagegen leistet die Landesversicherungsanstalt Württemberg (Jahresversicherung) bei Zahnersatz vorläufig keinen Beitrag mehr. Vorbestimmung von künstlichen Gebissen wurde man sich an die Krankenkasse.

Regal, 5. Juli. (Gemeinderat.) Vor Eintritt in die Besprechungen nahm der Gemeinderat eine Besichtigung der Abwässerleitungen des alten Jüdischplatzes vor, um an Ort und Stelle ein Bild von den Unzulänglichkeiten zu bekommen, unter denen insbesondere der Betrieb der Stadtpflege gegenwärtig zu leiden hat, und um Stellung nehmen zu können zu den verschiedenen Möglichkeiten der Schaffung neuer oder der Modernisierung bestehender Kanäle. Bei den Beratungen auf dem Rathaus wurde dann allgemein zugegeben, daß eine durchgreifende Änderung dieser Verhältnisse notwendig ist im Interesse einer sicheren und richtigen Wirtschafung der Verwaltungsgeschäfte. Deshalb wurde beschlossen, die alten Schmutzkanäle zu Kanalisationskanälen ausbauen zu lassen. Eine Veranlassung eines Teils der Kanäle, etwa der Hofverwaltungen, in ein Privathaus wurde in Betracht der damit verbundenen Anzugsmöglichkeiten nicht das Wort gegeben. Erwor in der Weiterbehandlung von Baufragen fortgesetzt wurde, kamen einige Wohnungsfragen zur Besprechung mit einer Anzahl von Vermietern. Dabei zeigte sich, daß, wie dies schon länger her beobachtet werden kann, vielfach bei einem Wechsel des Mieters, die Vermieter für eine Wiederbesetzung nicht zu gewinnen sind und daß Wohnungen zu geschäftlichen Ausnutzung durch die Hausbesitzer verlangt werden. Wenn diesem Mißstand entgegengetreten werden sollte, dann bliebe angefaßt der wachsenden Wohnungsnot nur übrig, daß die Stadt in noch stärkerem Maße als bisher, Neubauten auf Kosten der Allgemeinheit erstellen lasse. Es soll deshalb dem Ansuchen, die jetzige Miet- und Wohnräume zu Geschäftsräumen umzuwandeln, nicht stattgegeben werden. Die Arbeiten für den Wasserleitungsanschluß des Neubaus in der Calwerstraße werden Schloffermeister Gauß zugesprochen. Bauverträge für Beschaffung von Materialien für Gipser werden angeschlossen. Dem Geschäft des Bauunternehmers Schabbe um Erhöhung der noch nicht ausbezahlten Restforderung für Ausführung der Wasserleitungsarbeiten wird entsprochen, weil dieses Geschäft in der während der Bauzeit eingetretenen vollständigen Marktlage begründet ist und weil auch die Vergrößerung der Schadenersatzsumme des Bauunternehmers ein Schaden mildernde. Es wird eine Erhöhung der Gesamtsumme um 1 Million Mark genehmigt. Die Hauptfrage des Abends blies dann die Besprechung der Ausführung weiterer Bauten auf Rechnung der Stadt. Nach langen und eingehenden Beratungen wird eine grundsätzliche Einigung darüber erzielt, daß auf dem Baugelände in der Halberstadtstraße für den Hochbau ein Wohnhaus erstellt werden soll. Der Bau soll so angefaßt werden, daß eventuell eine Umstellung in der Verwendung für andere Zwecke jederzeit möglich bleibt und ohne große Kosten durchzuführen werden kann. Grundsätzliche Zustimmung erhielt dann auch die Frage der Schaffung neuer Wohnungen durch Vergrößerung des Gewerbeschulhauses. Da hiermit aber ein ganzer Fragenkomplex angeschnitten ist, der in vielen Einzelheiten weiterer Klärung bedarf, so sollen die weiteren Schritte vom Stadtschulhausamt unternommen werden, bevor der Stadtrat endgültig Stellung nehmen kann und will. Nach Abschluß dieser Besprechungen wurden noch eine Menge kleinerer Gegenstände behandelt. Dem Ansuchen für die Aufführungen der Volksbühne 1 Million Vorschuß zu leisten, konnte nicht stattgegeben werden. Da durch fortgesetztes vorchristliches Besetzen von Waldstücken durch die Schafe des Waldbesitzers großer Schaden an den Kulturen angerichtet wird, soll dem Pächter eine Strafe von 50 000 Mk. auferlegt werden. Die Besätze des Familienrats für Oberhaltung erfahren eine Neuregelung auf der Basis der jeweiligen Marktpreise. Ein fester Familienrat wird der Regierung gegen 11 000 Mk. p. Jhd. beibehalten. Überlassen. Nach Regelung einer Reihe weiterer Fragen, wie Gewährung von Zuschuß bei Verlassen der Wälder, Wälder, Rechtsaufnahmefähigkeit, Regelung der Sitzungsgelder des Gemeinderats u. a. teilt der Vorsitzende noch mit, daß die Verhandlungen zwischen Mietern und Vermietern für Juli

als Ergebnis das festgelegt, daß für Familienwohnungen das 700fache der Pächtermiete berechnet werden könne und daß für Einzelzimmer eine Quadratmeter von 22 000 Mk., dazu 18—22 000 Mk für Bedienung und weitere 24 000 Mk. für Bett und Wäsche in Anrechnung gebracht werden können, für mittlere Zimmer in gut zu gelichter Ausstattung, so daß also 100 000 Mark Werte für ein möbliert vermietetes Zimmer gefordert werden kann, das Klima schon sehr großstädtisch.

Stuttgart, 5. Juli. (Tischhölzer Besuch.) Auf dem Rückweg von einer Erholungsreise traf am Dienstag der Präsident der Tischhölzerwirtschafts-Kommission, Prof. Dr. Masaryk, in Stuttgart ein und benützte den kurzen Aufenthalt hier zu einem Rundgang durch die innere Stadt.

Sängerbesuch. Der Danziger Lehrer-Gesangsverein hat eine Deutschlandfahrt angetreten, die ihn auch nach Stuttgart führen wird, wo am 9. Juli ein Saalkonzert im Lieberhallenpark und am 10. Juli ein Gartenkonzert im Lieberhallengarten, an dem auch der Stuttgarter Lehrer-Gesangsverein beteiligt, stattfindet.

Protest der Tabakhändler. Als Protestkundgebung gegen die erdrückende Notlage der Tabakhändler infolge der ungeheueren Sonderbesteuerung der Tabakwaren aller Art bleiben am Montag, 9. Juli, alle Tabakwaren-Spezialgeschäfte in Württemberg geschlossen. Gleichzeitig findet am gleichen Tage eine allgemeine Protestversammlung der Tabakhändler in Stuttgart statt.

Verdoppelung der Preise für marktfreies Brot. Ab Donnerstag, 5. Juli, kosten ein Kilo marktfreies Schwarz- oder Roggenbrot 11 000 Mk., ein Kilo Weißbrot 12 600 Mk., ein paar Weiden 1200 Mk.

Der Metallarbeiterstreik vor Gericht. Die Vorgänge im Mai vor. Jb. vor der Maschinenfabrik Ehlingen und bei Tainler in Untertürkheim anlässlich des Metallarbeiterstreiks, wo es zu Zusammenrottungen, zu Gewalttätigkeiten gegen Arbeitswillige und auch die Polizei gekommen war, findet nun ihr Nachspiel in einem großen Prozeß vor der Strafkammer des Landgerichts wegen Landfriedensbruchs gegen über 60 Angeklagte. Unter ihnen sind sehr viele Jugendliche. Die meisten der Angeklagten sind noch nicht vorbestraft. Es sind etwa 200 Zeugen geladen, so daß die Verhandlung mehr als eine Woche dauern wird.

Heilsbrunn, 5. Juli. (Aus der Handwerkskammer.) In ihrer Vollversammlung hat die Handwerkskammer zur Frage des Warenhandels der Gemeinden beschlossen, die Regierung zu ersuchen, gegen einen derartigen Mißbrauch von öffentlichen, für die tatsächlichen Verwaltungsaufgaben und sonstigen Bedürfnisse der Gemeinde doch so dringend nötigen Geldmitteln einzuschreiten. Ebenso wurde von der Kammer auch auf den immer mehr sich breit machenden Hausierhandel und den wilden Handel, sowie gegen die Ueberhandnahme der Reisenden auf Rathhäusern und in Amtshäusern, gegen den Verkauf von Waren in Postgebäuden Stellung genommen. Ferner wurde verlangt eine Erhöhung der Sporenteil, baldige Aenderung der Wandergewerbesteuer und ihres Einschlagungsverfahrens.

Kochendorf, 5. Juli. (Vom Strom getötet.) Vorgestern Abend verunglückte der 23jährige Sohn Julius des Oberleiters der Raier tödlich dadurch, daß er mit der elektrischen Leitung in Berührung kam.

Wforzheim, 5. Juli. (Der teure Sadel.) Bei der Bucherpolizei wurde eine Frau aus Wf. Weissenstein angezeigt, weil sie auf dem Wochenmarkt für einen Sadel 80 000 Mk. verlangte, obwohl dieser nur einen Wert von 40 000 Mk. hatte. Der Sadel wurde beschlagnahmt und für den letztgenannten Preis verkauft.

Mannheim, 5. Juli. (Schwurgericht.) Das Schwurgericht begann mit dem Prozeß gegen die Mörder des Kaufmanns Sina Kronsfrau, Edward Däumling und Max Ueber. Der 63jährige Kaufmann Sina Kronsfrau war am 22. Mai 1922 in seinen Geschäftsräumen von den beiden Angeklagten, die mit Maschinen und Schusswaffen versehen waren, überfallen worden. Als Kronsfrau ihrer Forderung zur Herausgabe von Geld nicht sofort nachkam, gab Däumling aus einer Krampfschloß einen Schuß ab, durch den der Kaufmann sofort getötet wurde. Die beiden Angeklagten sind Söhne anständiger Leute, kamen aber früh auf Abwege. Schandliteratur und andere üble Einflüsse haben sie zur Tat veranlaßt. Das Urteil wird später bekannt gegeben.

Sachliches Denken und sachliche Werte.

Die vom Statistischen Landesamt in Württemberg ausgegebenen „Mitteilungen“ veröffentlichen Ausführungen, die in weitesten Kreisen Beachtung finden sollten:

Heute können manche Tatsachen ohne entsprechende Erläuterung überhaupt nicht mehr verstanden werden. Eine Mark ist heute nicht mehr eine Mark. Alle Preistatsachen sind somit etwas ganz anderes als früher geworden. Die Mark ist heute weder 1/1000 der früheren Währungseinheit, der „Goldkrone“, noch auch eine Scheidemünze aus Silber, Nickel, Kupferlegierung mit zwar beschränktem Münzwert. Sie ist nicht einmal mehr bedrucktes Papier, da der Markstein aus dem Verkehr verschwunden ist. Es ist leider unbekannt, was heute die Herstellungskosten eines bedruckten Papierstückes von so und so viel Quadratcentimeter und so und so viel Gramm Gewicht ausmachen. Unkundige würden glauben, wenn sie es erfahren würden. Es ist aber auch unbekannt, was es kostet, daß heute statt der Ziffer 1 immer vier Ziffern geschrieben, gerechnet, gesetzt usw. werden müssen; die Kosten sind sehr groß, weil sie natürlich

auch den ganzen Stroßverkehr einschließen. Ein Jahresgehalt von 6 000 000 Mark (nach Juni-Verhältnissen!) im Jahre 1914 gleiche 1 428 570 Dollar; er ist beim Dollarkurs von 80 000 Mark heute etwa 75 Dollar. Mit 75 Dollar im Jahre 1914 gleich etwa 315 Mark im Jahre oder 86 Pfennig im Tag konnte kein einzelner Mensch, geschweige denn eine Familie leben. Sie kann es auch jetzt nicht. Sie kann es vielleicht noch im Juni, Juli, August 1923, aber nicht mehr 1924. Bis dahin dürften in an Zahl zunehmenden Kreisen etwaige Zuschüsse aus vorhandenen Vorräten bzw. oder aus Vermögenswerten verfliegen sein oder allmählich verfliegen. Es ist nicht nur verkehrt, es muß als irrsinnig bezeichnet werden, dem Wahne sich hinzugeben, der „Staat“ könne und müsse das Fehlende aus seinem Beutel ersetzen. „Der Staat“ könnte doch nur das Reich, der Bundesstaat oder die Gemeinde oder könnten es alle drei zusammen sein. Das Vermögen vom Reich, der Staaten und der Gemeinden ist begrenzt, zum Teil sehr beschränkt und in den Hauptbestandteilen bekannt. Es besteht größtenteils nicht aus irgendwie verteilbaren, ja nicht einmal verkäuflichen Sachwerten. An wen sollen alte Schiffe, Theater, Sammlungen, Krankenhäuser, Gefängnisbauten, Straßen, Dienstgebäude usw. verkauft werden? Das Volkvermögen im ganzen, alles öffentliches und privates aller Arten zusammen, verhielt sich in Württemberg zum Volkseinkommen etwa wie 10:1 — früher. Heute ist das etwas anderes, ohne daß man wüßte, wie

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Eine Saar-Interpellation. Demokratische Reichstagsabgeordnete haben im Reichstag eine Interpellation wegen der Verhältnisse im Saargebiet eingebracht. Darin wird ausgeführt, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages und des Saarstatuts hinsichtlich der Schutze der deutschen Bevölkerung völlig in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Deutsche Missionare nach Togo. Die Norddeutsche Mission hat die Erlaubnis erhalten, drei ihrer alten Missionare auf ihre alten Stationen nach Togo zurückzuschicken.

Ein Rhein-Hotel abgebrannt. Eines der schönsten Hotels am Rhein, das Hotel Mattern in Adnigswinter, ist ein Raub der Flammen geworden. Das Haus gehörte wegen seiner schönen Lage zu den besuchtesten Gaststätten am Rhein.

Bier-Todesopfer der Jugspitze. Beim Abstieg von der Jugspitze zur Wien-Neufährer Hütte sind nach einer Meldung aus München vier Bergsteiger abgestürzt. Drei Bergunglücke waren sofort tot, der vierte überlebte kurz nach seiner Entleerung in Chiroald.

Die bösen Sieben. Ein merkwürdiges Zusammenreffen ergab sich dieser Tage in Roßau. Eine aus sieben Köpfe bestehende Diebesgesellschaft hatte sich am 27. ds. Mts., also am Tage des Siebenschläfers, vor der 7. Kammer des Landgerichts III im Zimmer 577 zu veranlassen. Zwei der Angeklagten wurden zu je 7 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Päpstliche Enzyklika. Aus dem Vatikan wird die unmittelbar bevorstehende Veröffentlichung einer reichlichen Enzyklika Pius XI. anlässlich des 100. Gedenktages der Heiligsprechung des Thomas von Aquin angekündigt.

Breitscheid in London. Der Führer der linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie, Dr. Breitscheid, ist in London eingetroffen. Er hat sich mit mehreren Vertretern der Arbeiterpartei in Verbindung gesetzt.

Die Tanagerfrage. Auf der Vorkonferenz über die Tanagerfrage sind so große Schwierigkeiten aufgetaucht, daß die Sitzung aufgehoben wurde, ohne eine neue einzuberufen.

Nicht 500 000, sondern 3000 Lire. Nun wird nachträglich berichtet, daß die durch den päpstlichen Sondergesandten Testa dem Kaplan Dr. Bland in Hattingen (Ruhgebiet) übergebene Spende nicht 500 000, sondern 3000 Lire betragen habe und daß sie nur für notleidende Kinder seiner Pfarrei bestimmt gewesen sei.

Streikbewegung in England. In Whitehaven (Cumbria) kam es anlässlich eines Bergarbeiterstreiks zu Zusammenstößen zwischen Ausständigen und der Polizei. Dabei wurden 20 Polizisten und 60 Zivilpersonen verletzt. Der wilde Todarbeiterstreik hat sich weiter ausgedehnt. Im ganzen sind 30 000 Mann ausständig, davon 14 000 in den Londoner Häfen. — Auf der Konferenz der Eisenbahner wurde ebenfalls mit dem Streik gedroht, wegen des Beschlusses, den Lohn der Werksstättenarbeiter herabzusetzen.

Arbeit, Glück, Weisheit.

Du hast ganz recht; das Beste im Leben ist Arbeit; man kann fast sagen, das einzige.

Man muß Aerger aushalten können; wenn man es nicht kann, wenn man ihn überall aus dem Wege geht, so erreicht man nichts.

Leicht zu leben ohne Leichtsin, heiter zu sein ohne Ausgelassenheit, Mut zu haben ohne Uebermut, Vertrauen und freundige Ergebung zu zeigen ohne lässlichen Fatalismus — das ist die Kunst des Lebens.

Gott, was ist Glück! Eine Griechin, eine Schafstalle und keine körperlichen Schmerzen, — das ist schon viel.

Wir „rechnen“ immer noch mit der Menschheit. Weisheit, Zustimmung, Ehren bedeuten uns immer noch was, als wäre damit alles getan. Das ist falsch und unklug. Wir müssen vielmehr unsere Seele mit dem Glauben an die Richtigkeit dieser Dinge ganz erfüllen und unser Glück einzig und allein in der Arbeit, in dem Un-Betätigten unser selbst finden.

(Aus Briefen von Th. Fontane.)

Unsere Zeitung bestellen!



Weiteres.

Photographisches. Frankreich läßt Deutschland abnehmen. Es wünscht von ihm ein Kniebild zu haben, wird aber schließlich nur ein Kopfbild bekommen. (Kladd.)
Die Lösung. Neulich legte mir mein Freund folgende Rätselfrage vor: „Es ist flüssig und man kann darauf laufen?“ — „Ist es etwa Wasser?“ antwortete ich ihm. — „Ne, kannst du etwa auf dem Wasser laufen?“ Ich hätte dich für klüger gehalten.“ war die Antwort. — Ich überlegte, konnte aber nicht darauf kommen, und sagte: „Nun, was ist es denn?“ — „Ganz leicht.“ sagte er, (fliegende Blätter.)

Handel und Verkehr.

Die amtlichen Devisen für Donnerstag.
 Die Notierungen sind in Berlin u. Frankfurt dieselben.
 Amsterdam 65 835.— G., 66 165.— Br.
 Brüssel 8 229.— G., 8 271.— Br.
 Norwegen 26 683.— G., 26 817.— Br.
 Dänemark 28 428.— G., 28 570.— Br.
 Schweden 43 890.— G., 44 110.— Br.
 Stalien 7 182.— G., 7 218.— Br.
 London 748 125.— G., 751 875.— Br.
 Newyork 165 885.— G., 166 415.— Br.
 Paris 9 825.— G., 9 875.— Br.
 Schweiz 29 127.— G., 29 273.— Br.
 Spanien 23 840.— G., 23 960.— Br.
 Deutsch-Osterr. 237.— G., 238.— Br.
 Prag 5 087.— G., 5 113.— Br.
 Buenos Aires 58 852.— G., 59 147.— Br.

Konkurse im Juni. Im Monat Juni waren in Deutschland 34 Konkurse zu verzeichnen, gegenüber 35 im Vormonat und 84 im Juni des Vorjahres.
Eine wertbeständige Sparkasse. Die Daimler-Motoren-Gesellschaft hat ihre bisherige Arbeitersparkasse verfahrensweise in eine wertbeständige Sparkasse umgewandelt. Die Firma hat das Risiko, das in ihrer finanziellen Belastung durch diese Wohlfahrts-Einrichtung liegt, im Interesse ihrer Arbeiter und Angehörigen übernommen.

Höchstpreise für Zement. Der Höchstpreis für 100 Kg. Zement einschließlich Verpackung ab Werk beträgt für Staatslieferungen ab 25. Juni 67 381 Mt. einschließlich Stoffzölle, 55 381 Mt. einschließlich Papierzölle. Für die sonstigen Verbraucher beträgt der Stationsfrankopreis für 100 Kg. Zement einschließlich 79 242 Mt. bzw. 60 252 Mt. Die Handelszuschläge betragen bei Abgabe ab Händlerlager 22 Prozent.

Weitere Erhöhung der Längemittelpreise. Vom 1. Juli 1923 ab betragen die Höchstpreise für 1 Kg. wasserlösliche Phosphorsäure in Superphosphat 14 880 Mt., für 1 Kg. zitronensäurelösliche Phosphorsäure in Amoniumphosphat 14 880 Mt., für 1 Kg. Gesamtphosphorsäure in Amoniumphosphat 12 486 Mt. Infolge eingetretener Erhöhung der Kalipreise hat auch der Zuschlag für Kali in Superphosphatmischungen eine Erhöhung erfahren. Er beträgt für 1 Kg. Prozent Reinfall 22 50 Mt.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Festsetzung des Werts der Sachbezüge.
 Der in der Bekanntmachung vom 8. Juni ds. Jt. festgesetzte Wert der Sachbezüge (§ 160 Abs. 2 A.B.O.) wird im Hinblick auf die eingetretene Preissteigerung ab 1. Juli 1923 folgendermaßen festgesetzt:
I. für männl. u. weibl. Personen unter 16 Jahren:
 für den Arbeitstag (unter Zugrundlegung von 300 Arbeitstagen)
 1. Kost 5100 M.
 2. Wohnung, Heizung u. Beleuchtung 400 M.
II. für Personen über 16 Jahre:
 a. männl. Einzelpersonen:
 1. Kost 7000 M.
 2. Wohnung, Heizung u. Beleuchtung 500 M.
 b. weibl. Einzelpersonen:
 1. Kost 6100 M.
 2. Wohnung, Heizung u. Beleuchtung 400 M.
 c. für eine Arbeiterfamilie:
 Wohnung, Heizung u. Beleuchtung 2500 M.
 Nagold, den 5. Juli 1923. B. Versicherungsamt: Müg.

Allgem. Ortskrankenkasse f. d. N.A.-Bez. Nagold.
 Die **Arbeitgeber** werden dringend ersucht, die Löhne ihrer Arbeiter etc. und zwar die Normalwochenlöhne (Verdienst bei 6 tgl. Arbeitszeit) nach dem Stand vom 2. Juli gef. alsbald anzuzeigen.
 Nagold, den 2. Juli 1923. Die Verwaltung.

Schulartikel
 empfiehlt für Schüler und Gemeinden die **W. Kieker'sche Buchhandlung.**

Stuttgart, 5. Juli. (Bessere Erhöhung der Schlachtviehpreise.) Dem Schlachtviehmarkt waren zugetrieben 70 Ochsen, 34 Bullen, 137 Jungbullen, 140 Jungkinder, 188 Kälber, 32 Kälber, 406 Schweine und 12 Schafe, die sämtlich verkauft wurden. Verkauf des Marktes: lebhaft. Erhöht wurde aus 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen I. Qual. 1,37—1,45 Millionen (leichter Markt am 3. Juli 1,12—1,22 Mill.), II. 1,15—1,35; Bullen I. 1,3—1,4 Mill., II. 1,05—1,25; Jungkinder I. 1,4—1,5 Mill., II. 1,2—1,3, III. 1—1,15; Kälber I. 1,1—1,2 Mill., II. 850 000—1 000 000, III. 700 000 bis 800 000 Mt.; Schweine I. 1,45—1,5 Mill., II. 1,65 bis 1,75 Mill.; Hammel geschlachtet 1,6—1,7 Mill. bis 1,75 Mill.; Hammel geschlachtet 1,6—1,7 Mill. Mt.

Karlsruher Produktendörse 4. Juli. Die Nachfrage übersteigt bei weitem das nur von zweiter Hand kommende Angebot. Wählen sind ausnahmslos nicht am Markt, weil sie keine Möglichkeit haben, Rohmaterial in Marktschöpfung zu erwerben. Der Einkauf ausländischer Fabrikate läßt bei der knappen Devisendeckungsmöglichkeit keine Kalkulation zu. Preise können nicht normiert werden. — In Wein und Spirituosen ist bei fester Stimmung starke Nachfrage bei wenig Angebot.

Mitmaßliches Wetter.

Der Hochdruck über Mittel- und Osteuropa hält an und läßt die Fortdauer des sommerlich warmen, trockenen Wetters erwarten.

Letzte Nachrichten.

Vom besetzten Gebiet.

WZB. Mainz, 5. Juli. Das französische Kriegsgericht verurteilte neuerdings 33 Personen aus den Kreisen von Kreuznach und Oppenheim wegen Uebertretung des Reichsverwehrtbuchs zu Geldstrafen von 50—200 000 Mt., außerdem 10 der Angeklagten aus Bingen zu je vier Tagen Gefängnis wegen vorläufiger Uebertretung des Verbot.

WZB. Offen, 5. Juli. Die hiesige Reichsbankfiliale ist heute abemals von den Franzosen besetzt worden. Die Großbanken haben geschlossen. Die Aktion soll wegen Nichtbefolgung der Verordnung Degouttes zur Devisenordnung der Reichsregierung erfolgt sein.

WZB. Offen, 6. Juli. Die französischen Truppen, welche am 1. Juli auf dem Krupp'schen Lagerplatz in Segero h eingetroffen sind, halten die Kohlenhalde noch besetzt u. b. treffen Vorbereitungen, die Bestände abzuräumen. Es handelt sich um ca. 60—70 000 Tonnen Kohlen und Koks. Durch die Maßnahmen wird der gesamte Betrieb der Gussstahlfabrik sehr beeinträchtigt. In den benachbarten Betrieben ist die Arbeit seit Montag eingestellt.

Der Güterverkehr auf dem hiesigen Bahnhof ist infolge der ungeschicklichen Behandlung der technischen Einrichtungen fast vollständig gestört.

Die Feste „Rosenblumendelle“ in Reichen wurde gestern besetzt. Die Kohlenhalde wurden durch Drahtgitter von den übrigen Betrieben abgesperrt. Die Besatzung hat in einen 24 stündigen Proteststreik.

In der Nacht zum 4. Juli schossen ungefähr 8 bis 10 französische Alpenjäger von einem niedrigen Waldbusch aus in der Richtung nach der Walpurgisstraße. Die Straße ist abgesperrt. Es konnte aber beobachtet werden, daß ein Deutscher getötet und ein anderer schwer verletzt wurde. Sie wurden in Richtung Necklinghausen abtransportiert.

WZB. Duisburg, 6. Juli. Durch Patrouillen, welche die Beachtung der Sanktionen in Duisburg überwachen, wurden gestern ein Deutscher getötet und drei verwundet, die auf einen Vorfall nicht stehen blieben.

Der Reichskanzler und der päpstliche Vertreter.

WZB. Berlin, 6. Juli. Der Reichskanzler schickte gestern die Botschaft mit dem päpstlichen Nuntius fort. Dr. Cuno wird, der „Vossischen Zeitung“ zufolge, den Nuntius heute Vormittag wieder empfangen. Als Ergebnis der Botschaften wird, laut „Vorwärts“, für heute eine Reglerungs-Erklärung gegen die Sabotage im besetzten Gebiet erwartet.

Einigkeit zwischen England und Italien in der Reparationsfrage.

WZB. London, 6. Juli. Die „Times“ berichtet, der italienische Botschafter habe gestern eine lange Unterredung mit Lord Curzon gehabt. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die britische und die ital. Regierung die Reparationsfrage in vollkommener Harmonie prüfen werden.

Streik der Berliner Metallarbeiter.

WZB. Berlin, 6. Juli. Nachdem die Urabstimmung unter den Berliner Metallarbeitern eine große Mehrheit für den Streik ergeben hat, beschloß die Streikleitung, daß der Streik heute beginnen soll, jedoch nicht sofort in allen Betrieben, sondern vorläufig nur in einigen Fabriken, deren Besatzungen von der Streikleitung zur Arbeitsniederlegung aufgefordert werden.

Reine Einigung über die wertbeständigen Löhne.

WZB. Berlin, 6. Juli. In Reichsarbeitsministerium hat heute eine Kommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Einsetzung wertbeständiger Löhne verhandelt. Da eine endgültige Regelung nicht erzielt werden konnte, wird sich nunmehr das Reichskabinett unmittelbar mit der Frage befassen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, daß sofort eine Verordnung zur Erhaltung der Wirtschaftlichkeit der Geschäfte und Löhne aller Arbeiter im Reich, in den Ländern und Gemeinden erlassen wird.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Eduard Stoll. Druck und Verlag: der W. Kieker'schen Buchdruckerei in Offen.

Turnverein Altensteig.
 Morgen Samstag Abend
Rosald-Verammlung.

Suche für Küche u. Haushalt ein
Mädchen
 im Alter von 17—19 Jahren für 15. Juli oder 1. August.
 Wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Altensteig.
 Eine hornlose, reifartige, zur Zucht geeignete
Ziege
 verkauft billig
 Krich Zoller.

Altensteig.
 Einen gebrauchten
Kinderwagen
 verkauft, wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

4 Stück junge
Hasen
 sowie eine jährige Gattin, verkauft. Wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Diejenige Person, die mir meine
Wage
 bei meiner Schauer an der Flegelstraße wegnahm, möge mir dieselbe alsbald wieder zurückbringen
 Carl Wilm. Altensteig.

Gefahren.
 Bad Teinach: Johs. Wals, Siphonmeister.

Zum **Verband**
 empfiehlt
 Frachtbriefe
 Begleitadressen
 Anhängeadressen
 Aufklebadressen
 Packpapiere
 Weiß Einwickelpapier
 Pergament-Ersatz
 Echt Pergament
 die **W. Kieker'sche Buchh.**
 Altensteig.

Die Einwohnerschaft von Altensteig wird höf. gebeten
anlässlich des Banerntages am Sonntag die Häuser zu beflaggen.
 Die Beratungsstelle.

Inserate
 für die morgige Samstagnummer bitten wir mögl. frühzeitig, größere schon heute, aufzugeben.

Gebr. Benz, Nagold u. Ebhausen
Löwendrogerie
 empfiehlt
 sämtliche freigegebenen Arzneimittel, Drogen, Chemikalien, Krankentweine, Gummibettlagestoff, Verbandstoffe, Binden, Gummisauger, Fensterleder, Haar- und Zahnbürsten, Rasierapparate, Rasierseife, Rasierpinsel, Haar-, Mund- und Zahnwasser, alle Toiletteartikel, Parfüme usw. usw.
 Spezialität: Köln. Wasser, 84%, Alkohol, eig. Fabr. Teinader, Guppinger und Selterswasser, Timonaden mit Zucker etc.
 Bezirksagent der Württembergischen Feuerversicherung.

